

Zwei Jahre Regierung Helmut Kohl

Den Frieden gesichert Vertrauen geschaffen Europa vorangebracht

INHALT

	Seite
1. Den Frieden gesichert	2
2. Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland erreicht	5
3. Die Einigung Europas vorangebracht	8
4. Die internationale Zusammenarbeit gefördert	11

Einen grundlegenden Wandel hat die Regierung Helmut Kohl auch in der Außen-, Deutschland- und Europapolitik eingeleitet. Neues Vertrauen für unser Land wurde geschaffen.

— **Das westliche Bündnis ist wieder stabil, der Frieden sicherer.** Unter der SPD-Regierung begannen Partner und Gegner gleichermaßen, am Willen und an der Kraft der Deutschen zur Selbstverteidigung zu zweifeln. Bundeskanzler Schmidt hatte in der Sicherheitspolitik die Mehrheit in der SPD verloren. Er war nicht mehr in der Lage, den von ihm selbst geforderten NATO-Doppelbeschluß durchzusetzen. Die Bundesrepublik Deutschland drohte gegenüber den Bündnispartnern vertragsbrüchig zu werden.

— **Die Freundschaft zu den USA, unserem wichtigsten Verbündeten, wurde erneuert.** Antiamerikanische Strömungen in der SPD hatten Zweifel an dieser Freundschaft aufkommen lassen.

— **Der Ost-West-Dialog geht weiter.** In der Deutschlandpolitik hat die Regierung Helmut Kohl eine große Zahl menschlicher Erleichterungen erreicht. In den letzten Jahren der SPD-Regierung war die Deutschlandpolitik fast vollständig zum Stillstand gekommen. Einen Tiefpunkt hatten die innerdeutschen Beziehungen erreicht, als die DDR den Zwangsumtausch für Besucher im Oktober 1980 drastisch erhöhte.

— **Heute geht es mit der europäischen Einigung wieder voran.** Dem großen persönlichen Einsatz von Bundeskanzler Helmut Kohl ist es zu verdanken, daß die EG in harten Verhandlungen auf drei Gipfelkonferenzen die Überschußproduktion in der Landwirtschaft und die Finanzierungsprobleme erfolgreich angehen konnte.

1. Den Frieden gesichert

Deutsch-amerikanische Freundschaft erneuert

Wir haben die Beziehungen mit unseren Freunden in Amerika erneuert und vertieft. Ohne die Bereitschaft der USA und unserer Partner im westlichen Bündnis, für uns einzutreten, gäbe es keine Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und keinen freien Teil Berlins. **Heute ist die Freundschaft mit den USA erneuert, das Bündnis ist stabil.**

*Der Ausstieg
der SPD*

Durch die Politik der SPD war das Bündnis in eine Krise geraten. Helmut Schmidt hatte für seine Sicherheitspolitik in seiner eigenen Partei keine Mehrheit mehr. Für die SPD war die anfängliche Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß nur ein taktisches Manöver, um an der Regierung zu bleiben. **Immer offenkundiger ist die SPD aus der gemeinsamen Sicherheitspolitik des Atlantischen Bündnisses ausgestiegen und damit zugleich unseren amerikanischen Freunden bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen in den Rücken gefallen.**

*Das Bündnis
gestärkt*

Die Regierung Helmut Kohl dagegen hält die deutschen Zusagen in der Verteidigungspolitik ein. Sie steht uneingeschränkt zum Doppelbeschluß der NATO von 1979. Sie hat diesen Beschluß vertreten und erfüllt. Der NATO-Doppelbeschluß war Prüfstein für die Handlungsfähigkeit und den Selbstbehauptungswillen der NATO. **Heute steht das Bündnis wieder auf sicheren Fundamenten. Die Bundesrepublik Deutschland bleibt ein Eckpfeiler in der Atlantischen Allianz.** Deren Politik wird weiterhin bestimmt durch die Bereitschaft zum Gespräch und zur Zusammenarbeit, damit die beiden wichtigsten Ziele erreicht werden können:

*Die Ziele der
Allianz*

- Gleichgewicht durch ausreichende Verteidigungsfähigkeit und glaubwürdige Abschreckung;
- wechselseitige, ausgewogene und überprüfbare Rüstungskontrolle und Abrüstung.

*Dialog mit
Osteuropa*

Zahlreiche Gespräche des Bundeskanzlers mit Politikern der Staaten des Warschauer Paktes haben gezeigt, daß die vielfach prophezeite „Eiszeit“ in den Ost-West-Beziehungen ausgeblieben ist. **Trotz der schwierigen internationalen Lage ist der Gesprächsfaden nie abgerissen. Die Bundesregierung hat vielmehr mit ihren umfassenden, regelmäßigen Kontakten zum Dialog zwischen Ost und West wesentlich beigetragen.** Die Liste der Gespräche und Verhandlungen der Bundesregierung mit den osteuropäischen Staaten ist lang. So traf Bundeskanzler Helmut Kohl beispielsweise

- im Oktober 1982, wenige Tage nach seiner Amtsübernahme, in Bonn den stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Konstandow;
- im Januar 1983 in Bonn den sowjetischen Außenminister Gromyko;

- im Juli 1983 in Moskau den sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow;
- im Dezember 1983 in Bonn den ungarischen Außenminister Varkonyi;
- im Februar 1984 in Moskau den sowjetischen Parteichef Tschernenko;
- im März 1984 in Bonn den rumänischen Außenminister Andrei;
- im Mai 1984 in Bonn den bulgarischen Außenminister Mladenoff;
- im Juni 1984 in Budapest den ungarischen Parteichef Kadar;
- im Juli 1984 in Bonn den tschechoslowakischen Außenminister Chnoupek.

*Stockholmer
Abrüstungskonferenz*

Die Bundesregierung war von Anfang an eine der treibenden Kräfte in der „Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ (KVAE), die am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet wurde. Diese Konferenz ist sichtbarer Ausdruck der Bemühungen der Teilnehmerstaaten, den Frieden zu sichern und die Zusammenarbeit in Europa zu entwickeln. **Ziel der Bundesregierung auf dieser Konferenz ist es, die Vertrauensbildung in ganz Europa durch konkrete Maßnahmen zu fördern. Diese Maßnahmen sollen militärisch bedeutsam, politisch verbindlich und angemessen nachprüfbar sein; ihr Anwendungsgebiet soll ganz Europa — vom Atlantik bis zum Ural — umfassen.**

*Wiener
Truppenabbau-
gespräche*

Die Bundesregierung hat darüber hinaus versucht, die Wiener Verhandlungen über einen beiderseitigen und ausgewogenen Truppenabbau in Mitteleuropa (MBFR) zum Durchbruch zu bringen. Haupthindernis für einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen waren jedoch unterschiedliche Auffassungen über die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte des Warschauer Paktes und die Weigerung der Sowjetunion, eine Überprüfung getroffener Vereinbarungen zu gestatten.

*Genfer
Verhandlungen
über chemische
Abrüstung*

Gemeinsam mit den westlichen Verbündeten verhandelt die Regierung Helmut Kohl im Genfer Abrüstungsausschuß der UNO über ein sofortiges umfassendes und überprüfbares Verbot chemischer Waffen.

Die Abrüstungsbereitschaft der Bundesregierung wird auch unterstrichen durch die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde über das Verbot bakteriologischer (biologischer) und Toxin-Waffen.

2. Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland erreicht

Wir bleiben eine Nation

Die Deutschen gehören zusammen. Solange unser Vaterland geteilt ist, muß alles getan werden, um

- die menschlichen Bindungen zwischen den beiden Teilen unseres Landes auszubauen,
- den Menschen in der DDR das Leben erträglicher zu machen,
- das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu stärken und
- gemeinsame Probleme beider Staaten in Deutschland auch gemeinsam zu lösen.

Auch die CDU-geführte Bundesregierung kann die Einheit der Nation nicht erzwingen. Die Überwindung der Teilung unseres Landes ist nur in historischen Zeiträumen denkbar. Erste Erfolge bestätigen den vernünftigen Kurs der Bundesregierung.

Rekord an Übersiedlungen

Noch nie durften so viele Deutsche aus der DDR zu uns übersiedeln wie in diesem Jahr. **Im ersten Halbjahr 1984 waren es über 27 000 — weit mehr als zu SPD-Zeiten im ganzen Jahr.** Die Zahl der politischen Häftlinge, die aus der DDR ausreisen durften, verdoppelte sich 1983 gegenüber 1982 auf 1 050.

Die DDR sicherte den vollständigen **Abbau der sogenannten Todesautomaten** an der innerdeutschen Grenze zu. Mittlerweile sind die Todesautomaten auf einer Länge von über 150 Kilometer abgebaut; das entspricht fast vierzig Prozent der Gesamtlänge.

Reise- und Besuchsverkehr

Der Reise- und Besuchsverkehr konnte deutlich verbessert werden. Nur wenn die Menschen zueinander kommen, wird ein Auseinanderleben der Deutschen verhindert.

Eines der großen noch offenen Probleme ist die Erhöhung der **Mindestumtauschsätze** durch die DDR im Oktober 1980.

Immerhin konnten auch hier erste Verbesserungen erzielt werden: Für Kinder bis zum 14. Lebensjahr entfällt die Umtauschpflicht; für Rentner — Frauen vom 60. Lebensjahr und Männer vom 65. Lebensjahr an — wurde der bisherige Mindestumtauschsatz von 25 auf 15 Mark gesenkt.

*Anstieg der
Besuchsreisen*

Der Reiseverkehr aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR hat 1983 gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent zugenommen; der Reiseverkehr in die Gegenrichtung in dringenden Familienangelegenheiten ist sogar um 40 Prozent gestiegen. Weitere Verbesserungen im innerdeutschen Reiseverkehr sind am 1. August 1984 wirksam geworden; sie betreffen vor allem eine Verlängerung der Aufenthaltsdauer und Reiseerleichterungen für grenznahe Kreise.

Verbesserungen im Reise- und Besuchsverkehr bedeuten auch der erhebliche **Rückgang der sogenannten Verdachtskontrollen im Durchgangsverkehr von und nach Berlin** und die Offenhaltung des Grenzübergangs Heerstraße/Staaken bis zum 31. Dezember 1987.

*Erleichterungen
im Reiseverkehr*

Die Höchstdauer für Besuche in der DDR wurde von 30 auf 45 Tage im Jahr verlängert. Gleichzeitig wurde die Höchstgrenze für Reisemitbringsel bei Tagesbesuchen von 20 auf 100 Mark erhöht. Rentner aus der DDR können jetzt statt 30 maximal 60 Tage bei uns bleiben und dürfen in Zukunft nicht nur Verwandte, sondern auch Bekannte im Westen besuchen.

Im grenznahen Besuchsverkehr wurde die **Geltungsdauer des Mehrfachberechtigungsscheins von drei auf sechs Monate verdoppelt**; die Beschränkung auf maximal drei DDR-Kreise fällt weg. Die Aufenthaltsdauer wurde von einem auf zwei Tage erhöht.

Zu erwähnen ist schließlich auch noch, daß Mitnahme von Literatur- und Druckerzeugnissen großzügiger gehandhabt wird und daß der Schallplattenversand erleichtert worden ist.

*Jugendaus-
tausch*

Besonders wichtig ist die Tatsache, daß sich die **Zahl der Jugendlichen, die in Gruppenreisen in die DDR fuhren, verdoppelt** hat: Sie stieg von 11 000 im Jahr 1982 auf 22 000 im Jahr 1983. Besonders stark nahm die Zahl der Klassenfahrten zu: Fuhren 1982 etwa 200 Schulklassen mit 5 000 Schülern, waren es 1983 630 Klassen mit 16 500 Schülern.

*Lufthansa nach
Leipzig*

Weitere Erleichterungen ergaben sich im Sommer 1984: Die Lufthansa und die DDR-Fluggesellschaft Interflug vereinbarten **Direktflüge zu den Messen in Frankfurt/Main, Hamburg, Leipzig und München**. Am 30. August 1984 landete erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder eine Maschine der Lufthansa im anderen Teil Deutschlands.

*Neues
Postabkommen*

Auch der innerdeutsche Post- und Fernmeldeverkehr wurde spürbar verbessert. Am 15. November 1983 wurde mit der DDR ein **neues Postabkommen** geschlossen. Diese langfristige Vereinbarung hat für Millionen Menschen in beiden Teilen Deutschlands positive Auswirkungen:

— **Verkürzung der Postlaufzeiten** (Zustellung von Briefen und Postkarten am zweiten Werktag, von Päckchen und Paketen am dritten Werktag nach Eingang bei der Deutschen Post der DDR);

— Schaltung von **96 zusätzlichen Telefon- und vier weiteren Telexleitungen** in West-Ost-Richtung und Einbeziehung von Rostock, Schwerin, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Suhl und weiteren 240 Ortsnetzen in den automatischen Selbstwählverkehr;

— **Erleichterung des Geschenkpaket- und Päckchenverkehrs** (Aufhebung der Begrenzung der Einfuhr von 12 Geschenksendungen jährlich pro Person; wesentliche Erweiterungen der Liste der Arzneimittel, die für eine Einfuhr zugelassen werden);

— Zustimmung der DDR zur Errichtung und zum Betrieb eines **Lichtleiterkabels für den Fernmeldetransitverkehr** zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland.

*Zusammenarbeit beim
Umweltschutz*

Fortschritte gab es auch beim Umweltschutz — einem Thema, das die DDR und die Bundesrepublik Deutschland gleichermaßen zunehmend berührt. **Expertengespräche über den Schutz grenzüberschreitender Gewässer (Elbe, Werra), über die Rauchgasentschwefelung und über die Sicherheit kerntechnischer Anlagen** sind ein erster Schritt zu mehr Zusammenarbeit beim Umweltschutz.

Am 28. August 1984 trafen sich Forstexperten aus den beiden Staaten in Deutschland zu einem Erfahrungsaustausch über die **Bekämpfung der Waldschäden**. Die DDR hat sich im Juni

Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen

1984 auf der Internationalen Umweltschutzkonferenz in München verpflichtet, ihre grenzüberschreitende Luftverschmutzung um 30 Prozent zu verringern.

Der innerdeutsche Handel ist 1983 gegenüber dem Vorjahr rund acht Prozent auf über 25 Milliarden Mark angewachsen. Dabei liegt das Wachstum stärker bei den Lieferungen in die DDR; die Bezüge aus der DDR konnten nur leicht gesteigert werden.

Weitere Verhandlungen

Wirtschaftliche Vereinbarungen im Jahre 1983 mit der Sowjetunion und der DDR haben die Voraussetzungen für eine langfristige und günstige Erdgasversorgung von Berlin (West) geschaffen.

Gespräche und Verhandlungen mit der DDR wurden auch über andere wichtige politische Themen fortgeführt:

— Erstmals seit 1975 wird wieder über ein **Kulturabkommen** verhandelt.

— Die Verhandlungen über ein **Wissenschaftsabkommen** und eine **Rechtshilfevereinbarung** werden fortgesetzt.

— Die Abrüstungsbeauftragten beider Staaten sprechen über den Beitrag der Deutschen zur **Friedenssicherung**.

3. Die Einigung Europas vorangebracht

Reform der Europäischen Gemeinschaft

Jahrelange Versäumnisse hatten die EG in eine Sackgasse geführt. **Bundeskanzler Helmut Kohl — ein überzeugter Europäer — hat in harten Verhandlungen auf drei Gipfelkonferenzen der europäischen Politik neue Impulse gegeben.**

Der Europäische Gipfel vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart war die erste wichtige Station bei der Reform der Europäischen Gemeinschaft. Bundeskanzler Helmut Kohl verband als Vorsitzender des Europäischen Rats die wichtigsten Probleme der EG zu einem Paket: die wachsenden Agrarüberschüsse, die mangelnde Sparsamkeit, das Ungleichgewicht des EG-Haushalts einschließlich des britischen Beitragsproblems und nicht zuletzt die zukünftige Finanzierung der Gemeinschaft in Verbindung mit dem Beitritt von Spanien und Portugal. Damit bestimmte er den weiteren Fahrplan zur Lösung der Probleme.

*Durchbruch in
Fontainebleau*

Auf der EG-Gipfelkonferenz in Fontainebleau im Juni 1984 wurde schließlich der Durchbruch erzielt:

— **Die gemeinsame Agrarpolitik wurde grundlegend reformiert.** Erstmals wurden die Preisgarantien für Milch, Getreide, Baumwolle und andere Agrarprodukte mengenmäßig begrenzt. Damit ist ein wichtiger Schritt getan, die Butterberge und andere sinnlose Überschußproduktionen langfristig abzubauen. Dem Drängen der Bundesregierung ist es zu verdanken, daß sich die Folgen dieser Maßnahmen ausgewogen auf alle Mitgliedsländer erstrecken.

— **Die Europäische Gemeinschaft einigte sich auf eine sparsamere Haushaltsführung.** Es wurde vereinbart, durch ein Bremsen des Anstiegs der Agrarausgaben einen größeren finanziellen Spielraum für andere Tätigkeiten (insbesondere Bekämpfung der Arbeitslosigkeit) zu gewinnen.

— **Die EG stimmte dem Beitritt Spaniens und Portugals grundsätzlich zu.** Damit wird die Demokratie in beiden Ländern an der Südostflanke der NATO gestärkt. Die Finanzierung der Folgekosten des Beitritts wurde durch eine Erhöhung des Anteils der Gemeinschaft an der Mehrwertsteuer auf 1,4 Prozent ab 1. Januar 1986 sichergestellt.

— **Die Europäische Gemeinschaft wird ihre Zusammenarbeit auf neue, wichtige Bereiche ausdehnen.** Hierzu gehört vor allem die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas in **Forschung und Technologie** (Fernmeldewesen, Biotechnologie), aber auch der Ausbau des Fremdsprachenunterrichts in den Mitgliedsländern.

— **Der Streit mit Großbritannien über eine gerechte Verteilung der Kosten wurde nach jahrelangen, teilweise erbitterten Auseinandersetzungen im Grundsatz gelöst.** Der erzielte Kompromiß wird den Interessen aller Beteiligten gerecht.

Ein großer Erfolg auf dem Weg zur politischen Union Europas war die „**Feierliche Deklaration zur Europäischen Union**“ des Stuttgarter Gipfels:

— **Die europäischen Institutionen wurden gestärkt und der EG neue Tätigkeitsbereiche erschlossen.** Das Europäische Parlament erhielt neue Zuständigkeiten im Gesetzgebungsverfahren, bei der Aushandlung und beim Abschluß völkerrechtli-

*Auf dem Weg
zur politischen
Union*

cher Verträge sowie bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten. **In Zukunft soll der Grundsatz der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat wieder stärker beachtet werden.**

— Im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit wird jetzt auch über politische und wirtschaftliche Aspekte der **Sicherheitspolitik** beraten.

— Die Bereitstellung von Finanzmitteln für **Investitionen im Energie- und Technologiebereich** soll vor allem kleineren und mittleren Unternehmen zugute kommen.

— Im **Umweltschutz** hat der europäische Ministerrat wichtige Entscheidungen getroffen für die Bekämpfung der Luftverunreinigung durch Industrieanlagen, für die Senkung der Abgaswerte und des Bleigehaltes im Benzin, für die Gewässerreinigung und den grenzüberschreitenden Transport gefährlicher Abfälle.

— Durch eine **Reform des europäischen Sozialfonds** werden dessen Mittel auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit konzentriert. Für diese Aufgabe wird die EG jährlich rund drei Milliarden Mark ausgeben.

Öffnung der Grenzen

Erfolge sind in den letzten Monaten auch beim Abbau von Grenzkontrollen innerhalb Europas erreicht worden. Im Frühjahr 1984 wurde der kleine Grenzverkehr mit den Niederlanden erleichtert. Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand beschlossen im Juni 1984, die Kontrollen für Reisende und Urlauber an der deutsch-französischen Grenze zu erleichtern. Die Wartezeiten an der Grenze sind seitdem auf ein Minimum verringert oder ganz beseitigt worden. Auch an der deutsch-österreichischen Grenze gibt es seit den Sommerferien 1984 die gleichen Erleichterungen bei der Pkw-Abfertigung. Mit anderen europäischen Nachbarstaaten werden ebenfalls Gespräche über die Beschleunigung der Grenzkontrollen geführt.

Europa der Bürger

Fontainebleau brachte auch wichtige Fortschritte auf dem Weg zu einem Europa der Bürger. Dazu gehören vor allem:

— weitere Reiseerleichterungen durch Einführung eines einheitlichen **Reisepasses für alle EG-Bürger** ab dem 1. Januar 1985;

- **freier Warenverkehr** über die Grenzen zwischen den EG-Ländern — Schluß mit den unsinnigen Warteschlangen für Lkw an den Grenzen, die uns Jahr für Jahr über 30 Milliarden Mark kosten;
- **Abbau der Grenzformalitäten** und Zusammenlegung der beiderseitigen Kontrollposten an Grenzübergängen;
- gegenseitige **Anerkennung** der in EG-Ländern erworbenen **Hochschuldiplome**;
- gemeinsame Förderung von Sportlern für die Aufstellung **europäischer Sportmannschaften**;
- Aufbau gemeinsamer europäischer **Entwicklungshelfergruppen**;
- Aufbau eines europäischen **Rundfunk- und Fernsehverbundes**;
- Einführung einer **europäischen Flagge** und einer **Europahymne**.

Bereits im Frühjahr 1984 hatte sich die Europäische Gemeinschaft darauf geeinigt, die Freimege für Mitbringsel im Reiseverkehr innerhalb der EG auf 620 Mark zu erhöhen.

4. Die internationale Zusammenarbeit gefördert

*Entwicklungs-
politik ist
Friedenspolitik*

Die Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt ist Teil der Friedenspolitik der Regierung Helmut Kohl. Sie wurde ausgebaut und verstärkt.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat bewiesen, daß er nicht nur redet, sondern handelt. Auf der **Weltwirtschaftskonferenz in London** (7. bis 9. Juni 1984) hat er sich besonders für die **Lösung des internationalen Verschuldungsproblems** eingesetzt, von dem vor allem die Entwicklungsländer betroffen sind. Es wurde Einigung darüber erzielt, bei erfolgreichen Eigenanstrengungen der Schuldnerländer künftig durch längerfristige Umschuldung einen Spielraum für notwendige wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen zu schaffen.

Die **Staaten Lateinamerikas** werden in den nächsten Jahrzehnten eine **Schlüsselstellung in der Weltpolitik** einnehmen. Die Entwicklung in Lateinamerika ist deshalb auch für Europa wichtig. Dies wurde bisher von der deutschen Außenpoli-

*Zusammen-
arbeit mit
Lateinamerika*

tik vernachlässigt. Deswegen war die Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl nach Argentinien und Mexiko (4. bis 12. Juni 1984) von besonderer Bedeutung. Zum ersten Mal hat ein Bundeskanzler diese zwei Schlüsselstaaten Lateinamerikas besucht. Er hat den Willen der Bundesregierung unterstrichen, das Gespräch mit den Staaten Lateinamerikas zu intensivieren, und hat damit neue Perspektiven für die deutsche Außenpolitik eröffnet.

Die Bundesregierung unterstützt nachdrücklich den Demokratisierungsprozeß in Lateinamerika und trägt dazu bei, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesen Ländern, insbesondere die Verschuldung, zu überwinden. Angesichts der zunehmenden Gefahr, in den Ost-West-Gegensatz hineingezogen zu werden, befürwortet die Bundesregierung das Streben Lateinamerikas nach echter Blockfreiheit.

*Zusammenarbeit mit
Südostasien*

Auch die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten Südostasiens konnte weiter ausgebaut werden. Das anhaltende, überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum in diesen Staaten signalisiert die wachsende politische Bedeutung Asiens und des pazifischen Raums. Bundeskanzler Helmut Kohl hat durch seine **Besuche in Japan, Indonesien und Indien** das besondere Interesse der Bundesrepublik Deutschland an diesem Teil der Welt unterstrichen. Es war der erste Besuch eines deutschen Bundeskanzlers in Indonesien. Seit 1968 hatte kein Regierungschef mehr Indien besucht. Das weltpolitische Gewicht Japans, Indonesiens und Indiens erfordert einen engeren Meinungsaustausch. Dies hat der Bundeskanzler mit den Regierungen vereinbart.